

„Chirac will eine autonome europäische Verteidigung“ in Le Figaro (20. Oktober 1999)

Legende: Am 20. Oktober 1999 berichtet die französische Tageszeitung Le Figaro über den Wunsch des französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac, die Europäische Union mit den für eine autonome europäische Verteidigung notwendigen institutionellen und militärischen Mitteln auszustatten.

Quelle: Le Figaro. 20.10.1999. Paris. "Chirac veut une défense européenne autonome", auteur:Bollaert, Baudouin , p. 2.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/chirac_will_eine_autonome_europaische_verteidigung_in_le_figaro_20_oktober_1999-de-d2a8f387-ebdc-4561-8ee4-4f79c4ba1d5d.html

Publication date: 05/07/2016



Chirac fordert eine eigenständige europäische Verteidigung

Chirac meint, dass „für die EU-15 die Zeit gekommen ist, militärische Kapazitäten zu schaffen, mit denen sie bei Bedarf handeln kann“, wobei er aber das Atlantische Bündnis nicht in Frage stellen möchte.

STRASSBURG:

von unserem Sonderberichterstatter

Baudouin BOLLAERT

Für diejenigen, die sich bis dato noch nicht sicher waren, ob Jacques Chirac sich für Europa eine wahrhaftige autonome Verteidigungskapazität wünscht oder nicht, hielt der französische Staatspräsident gestern in Straßburg eine Rede, die an seinen Absichten keinen Zweifel ließ. Die europäische Verteidigung wird im Mittelpunkt des französischen EU-Vorsitzes stehen, der im Juli 2000 beginnen wird.

„Es ist an der Zeit, dass die Europäische Union sich die institutionellen und militärischen Kapazitäten verleiht, mit der sie bei Bedarf handeln kann – mit dem Atlantischen Bündnis oder eigenständig“, erklärte der Staatschef vor den Abgeordneten der 45. Generalversammlung der Organisation des Nordatlantikvertrages.

Jacques Chirac bemühte sich zunächst, seine Zuhörerschaft davon zu überzeugen, dass das Vorhaben sich auf keinen Fall gegen das Atlantische Bündnis wende. *„Es wäre ein historischer Widerspruch, das Bündnis dem europäischen Aufbauwerk entgegenzusetzen“,* bekräftigte er. *„Die Infragestellung einer wirklichen europäischen Perspektive würde die NATO nicht stärken. Sie würde ganz im Gegenteil die gemeinsamen Bemühungen der europäischen Bündnispartner schwächen.“*

Mit anderen Worten, der Präsident fordert einen „wirklichen europäischen Pfeiler“ (das Wort „Pfeiler“ ist anscheinend kein Tabu mehr) in einer um die östlichen Länder „erweiterten NATO“.

Nachdem Chirac angemerkt hatte, dass die vom amerikanischen Senat abgelehnte Ratifizierung des Vertrages über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT) den „notwendigen Zusammenhalt des Bündnisses“ wohl kaum gestärkt habe, fügte er hinzu: *„Ich wünsche, dass ein für alle Mal gewissen ambivalenten Erklärungen ein Ende gesetzt wird, in denen den Europäern vorgeworfen wird, dass sie ihrer Verantwortung im Bereich der Verteidigung nicht nachkommen, und sie gleichzeitig scharf kritisiert werden, sobald sie sich bereit erklären, es zu tun.“*

Weiter betonte Chirac die „neue Geisteshaltung“, die seiner Meinung nach die wichtigsten Partner Frankreichs in der EU leite. *„Was wir in den Bereichen Handel und Währung geschafft haben, muss uns auch bei der Sicherheit und Verteidigung gelingen“.* Vielleicht werde nicht jeder Schritt halten, doch würden die Franzosen eine Vorreiterrolle einnehmen ...

Seit dem französisch-britischen Gipfel in Saint-Malo vor knapp einem Jahr wurde den Überlegungen über die europäische Verteidigung neuer Schwung verliehen. Der institutionelle Rahmen stiftet jedoch Verwirrung: eine Union, die eine „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) entwickeln möchte, eine Westeuropäische Union (WEU), die in die Union eingebunden werden soll, und eine NATO, die verspricht, in ihren eigenen Reihen eine „europäische Verteidigungsidentität zu schaffen“ – wer soll sich da noch auskennen?

Das Eurokorps im Kosovo

Aus diesem Grund kam der Staatschef anschließend auf einige seiner vorherigen Vorschläge zurück, wie die Einrichtung eines ständigen Gremiums in Brüssel, beim neuen Mr. GASP Javier Solana, in dem jedes Land von einem Botschafter vertreten sein soll. Er erinnerte daran, dass *„jede internationale Organisation, die den Auftrag hat, Krisen zu bekämpfen, über einen ständigen Rat verfügt“.* Deshalb müsse auch die EU nach

dem Vorbild der UNO oder der NATO einen solchen Rat haben, an dessen Seite „auf einer angemessenen Ebene“ ein Militärausschuss und ein europäischer Generalstab stehen.

Die EU-15 müsse sich für den Informationsaustausch, die Befehlsstruktur und den strategischen Transport „qualitative Ziele“ setzen. Zur Schaffung der Mittel, die für die EU unabdingbar seien, um „glaubhaft den Aufgaben nachkommen können, die sie übernehmen möchte“, arbeite Frankreich derzeit mit seinen wichtigsten Partnern zusammen, wobei die Vorgehensweise „genau definiert“ sei. Um die budgetären Schwierigkeiten zu umgehen, müsse sich die Anstrengung jedoch „vorrangig auf die fehlenden Kapazitäten konzentrieren“.

Auch wenn Jacques Chirac die derzeitigen Grenzen der Union kennt, glaubt er, dass die EU bald in der Lage sein wird, eine Truppe wie die KFOR einzusetzen. Während die fünf Mitgliedstaaten des Eurokorps beschlossen haben, dieses Korps in eine schnelle Eingreiftruppe umzuwandeln, wünscht der französische Staatspräsident sich, dass sein Generalstab „diese Mission bereits bei der nächsten Übernahme im Kosovo erfüllen kann“. Wann? „In einem Jahr könnte es soweit sein“, heißt es vertraulich aus dem Elysée-Palast.

Kurzum, bevor der französische Staatspräsident das Wort dem neuen Generalsekretär der NATO George Robertson überließ, wollte er darauf hinweisen, dass das Europa der Verteidigung in seinen Augen mehr sein müsse als nur ein einfacher Handlangermechanismus, der von den Amerikanern kontrolliert werde ...

Als Antwort wünschte sich auch George Robertson im Bereich der Verteidigung eine „stärkere Präsenz“ der EU-15. Doch setzte er gleich Grenzen: „Mehr Europa darf nicht weniger Vereinigte Staaten bedeuten“, betonte er.

B. B.